

Sozialpolitische Forderungen des Sozialverbands VdK Niedersachsen-Bremen e.V.

„**VdK: Hält zusammen**“ – unter diesem Motto steht der 19. Ordentliche Landesverbandstag des Sozialverbands VdK Niedersachsen-Bremen. Mit seinen Sozialpolitischen Forderungen verlangt der VdK von den politischen Verantwortlichen in Bund und Ländern, den Zusammenhalt im Land durch eine gerechtere Sozialpolitik zu stärken. Denn in Zeiten sozialer Unsicherheiten ist es wichtiger denn je, dass die Gesellschaft solidarisch zusammenhält und niemanden zurücklässt.

Der VdK fordert konkret:

Für eine selbstbestimmte, gleichberechtigte **Teilhabe** aller Menschen am gesellschaftlichen Leben sind Staat und Gesellschaft verpflichtet, Inklusion zu verwirklichen und Diskriminierung zu beenden. Weitere Investitionen und Maßnahmen sind für eine umfassende Barrierefreiheit dringend nötig. Menschen mit Behinderungen müssen Wohnort und Wohnform frei wählen können, niemand darf in ein Heim gezwungen werden. Alle Bescheide und Vordrucke von Sozialleistungsträgern müssen in leichter Sprache verfügbar sein. Zudem müssen die Arbeitsbedingungen für schwerbehinderte Menschen verbessert werden: Eine Arbeitslosenquote von fast 13 Prozent in Niedersachsen und knapp 15 Prozent in Bremen ist nicht hinnehmbar. Damit die Integration in den Arbeitsmarkt besser gelingt, sollten Inklusionsbetriebe mehr gefördert und Integrationsämter personell stärker ausgestattet werden.

Bei der **Alterssicherung** muss die gesetzliche Rente als wichtigste Säule gestärkt werden. Um vor Altersarmut zu schützen, müssen das Rentenniveau auf mindestens 53 Prozent erhöht und alle Erwerbstätigen in ein solidarisches und gerechtes Rentensystem einbezogen werden. Eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters lehnt der VdK ab. Außerdem soll die Grundrente unabhängig vom Einkommen ausgezahlt und nicht durch Abschläge gekürzt werden. Auch müssen Sorge- und Erziehungszeiten entsprechend honoriert werden: mit drei Rentenpunkten pro Kind, unabhängig vom Geburtsjahr. Ebenso darf die langjährige Pflege von Angehörigen nicht zur Armutsfalle im Alter werden.

Als **armutsgefährdet** gelten aktuell 16,6 Prozent der Niedersachsen und 20,4 Prozent der Bremer. Die Folgen sind weniger Teilhabemöglichkeiten, ein höheres Gesundheitsrisiko und eine niedrigere Lebenserwartung. Als wirksame Instrumente gegen Armut fordern die Delegierten des Landesverbandstags deshalb die Anhebung des Mindestlohns auf mindestens 15 Euro, eine Stärkung der Arbeitslosenversicherung sowie eine Kindergrundsicherung, die Leistungen bündelt und niedrigschwellig beantragt werden kann. Zudem dürfen Regelsätze bei der Grundsicherung nicht unter dem Existenzminimum liegen. Energie und Wohnraum müssen für alle Menschen bezahlbar sein und die Mietpreisbremse verlängert werden. Zusätzliche Ausgaben für den Klimaschutz sollten sozial gerecht auf die Gesellschaft verteilt werden. Denn die negativen Folgen des Klimawandels treffen arme Menschen, Senioren und Kinder besonders hart.

Mehr als jede fünfte **Frau** in Niedersachsen und Bremen ist von Altersarmut betroffen. Der VdK fordert daher existenzsichernde Beschäftigungen und eine Beseitigung der Lohnungerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Aktuell verdienen Frauen im Schnitt 16 Prozent weniger, übernehmen aber gleichzeitig fast eineinhalb Stunden unbezahlte Sorgetätigkeit mehr pro Tag. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind eine verlässliche Ganztagsbetreuung für Kinder und ausreichende Tagespflegeplätze für Pflegebedürftige unerlässlich. Auch ein gesellschaftliches Umdenken muss stattfinden, um die unbezahlte Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern gleichberechtigt aufzuteilen.

Immer mehr Menschen haben Schwierigkeiten, eine bezahlbare **Wohnung** zu finden. Der VdK fordert deshalb, dass der Bau von Sozialwohnungen gefördert wird, Sozialbindungen dauerhaft bestehen und auch der Neu- bzw. Umbau von barrierefreiem Wohnraum mehr gefördert wird. Zudem sollte die Bevölkerungsstruktur in Wohngebieten sozial vielfältig sein. Weiter verlangt der VdK einen barrierefreien und flächendeckenden Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) – gerade auch im ländlichen Raum – sowie einen Sozialtarif.

In der **Gesundheitsversorgung** gibt es eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Deshalb setzt sich der VdK für eine einheitliche solidarische Krankenversicherung ein, in die alle Bürger einzahlen. Weiter sprechen sich die Delegierten für mehr Medizinstudienplätze mit leichteren Zugangsvoraussetzungen aus, um den (Haus-)Ärztmangel zu bekämpfen. Vor allem in ländlichen Regionen müssen Anreize geschaffen werden. Medizinische Versorgungszentren können hierfür attraktiv sein. Allerdings muss sich das Gesundheitssystem am Bedarf der Menschen orientieren, daher lehnt der VdK investorengetragene Einrichtungen entschieden ab. Medizinische Einrichtungen müssen zudem barrierefrei nutzbar sein, ein verlässliches Auskunftssystem hierzu fehlt bislang. Als weiterer wichtiger Bestandteil der Gesundheitsversorgung müssen Apotheken vor Ort mit persönlicher Beratung erhalten werden.

Pflegebedürftigkeit wird zunehmend zum Armutsrisiko. Der VdK fordert deshalb eine einheitliche Pflegeversicherung, in die alle Bürger einzahlen und die alle pflegebedingten Kosten übernimmt. Pflegende Angehörige müssen durch Entlastungsangebote besser unterstützt und ihre Tätigkeit durch ein Pflegegehalt honoriert und sozial abgesichert werden. Der derzeitige Entlastungsbetrag von 131 Euro muss deutlich angehoben und die Voraussetzungen für Nachbarschaftshelfer vereinfacht werden. Außerdem braucht es eine Stärkung der Pflegestützpunkte, damit mehr Menschen Pflegeleistungen in Anspruch nehmen. Eine Enquetekommission Pflege soll zudem Maßnahmen für eine dauerhaft gute Pflege erarbeiten.

Für **ehrenamtlich Tätige** wünscht sich der VdK eine stärkere Förderung und Wertschätzung ihrer Leistungen sowie mehr Engagement zur Gewinnung junger Menschen für ein Ehrenamt. Dafür müssen bürokratische Aufgaben wie komplexe Antragsverfahren und Datenschutzvorgaben abgebaut werden sowie kostenlose Weiterbildungen und Qualifizierungen als Bildungsurlaub ab dem ersten Tag möglich sein. Zudem sollten die Übungsleiterpauschale und der Steuerfreibetrag für Vorstände angehoben werden. Für Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, fordern die Delegierten einen Rechtsanspruch auf geeignete Hilfsmittel bzw. eine Assistenz zur Ausübung des Ehrenamts.